

# Avanti <sup>2</sup>

Theoriebeilage

Naher Osten:  
Kritik des  
Zionismus  
von Jakob Taut

ISO Rhein-Neckar

# RECHTSRUCK



# STOPPEN!

## INHALT

## TITEL

- 01 RECHTSRUCK**  
Wie stoppen?

## EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 NPA**  
Solidarität erforderlich

## SEITE DREI

- 03 RECHTSRUCK**  
Wie stoppen?

## ISRAEL / PALÄSTINA

- 04 NAHOST-KRIEG.**  
Jetzt beenden

## BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

- 06 VERDACHTSKÜNDIGUNGEN**  
Faschistisches Arbeitsunrecht?

- 07 BR-MOBBING**  
Dokumentation erschienen

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

die Dezember-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> befasst sich mit dem aufhaltbaren Rechtsruck hier und anderswo, seinen Ursachen und seinen Verästelungen.

Die Theoriebeilage enthält eine klare Analyse des Nahostkonflikts aus Sicht unseres dem Holocaust entkommenen jüdischen Genossen Jakob (Jankel) Taut (1913 - 2001).

Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre und alles Gute zum Jahresende!

*Eure Redaktion*

*Titel nach El Lissitzkys „Mit dem roten Keil schlage die Weißen“ (1919/1920). Bildgestaltung: Avanti<sup>2</sup>.*

## INHALT

- 08 UKRAINE**  
Solidarität mit Gewerkschaften?

- 09 ARBEITSZEITVERKÜRZUNG**  
Aber richtig

## ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 ISO-INFOABEND**  
Was tun gegen Rechtsruck?

- 11 NEOLIBERALISMUS**  
Eine sozialistische Kritik

## RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 HITLER-PUTSCH 1923**  
Vorbote der Diktatur?

- 12 TERMINE**

## THEORIEBEILAGE

- 01 NAHER OSTEN**  
Kritik des Zionismus

# Nein zur Repression in Frankreich! Solidarität mit der NPA!

M. G.

Am 2. November 2023 wurde der presserechtlich Verantwortliche der NPA (Neue Antikapitalistische Partei) im Rahmen einer Voruntersuchung von der Pariser Kriminalpolizei vorgeladen.

Die Vorladung erfolgte aufgrund der Anzeigen von prozionistischen Verbänden. Sie erhoben wegen einer Solidaritätserklärung der NPA mit den Menschen in Gaza den Vorwurf der „öffentlichen Verherrlichung eines Terrorakts“ und der „Aufstachelung zum Rassenhass“.

Dieser skandalöse Vorgang flankiert die staatlichen Verbote von Demos und Kundgebungen gegen den Krieg in Nahost und gegen die blutige Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung. Nicht nur die NPA, sondern auch andere Organisationen und Einzelpersonen sind Ziel der andauernden Repression in Frankreich.

Unsere französischen Genossinnen und Genossen treten seit Jahrzehnten dafür ein, „dass die von der UNO anerkannten natio-

nalen und demokratischen Rechte wie für alle anderen Völker der Welt auch für die Palästinenser:innen gelten“ müssen.

Es kann, so die NPA in ihrer Erklärung vom 3. November 2023, „keinen gerechten und dauerhaften Frieden in der Region“ geben, „wenn die Rechte der einen im Namen des Schutzes der Rechte der anderen verleugnet und missachtet werden.“

Gleichzeitig lehnt die NPA „insbesondere wahllose Verbrechen gegen Zivilisten ab“ und verurteilt das von der Hamas durchgeführte Massaker am 7. Oktober 2023.

Die NPA sieht in der staatlichen Repression den schäbigen Versuch, „die Solidarität mit einem Volk unter Besatzung“ zu kriminalisieren, „das sich rechtmäßig der Unterdrückung und dem Druck einer Kriegs-

verbrechen begehenden Kolonialmacht widersetzt“. Die Angriffe auf die NPA seien eine Beleidigung ihrer Geschichte und ihrer Kämpfe „gegen alle Kolonialismen und alle Rassismen, vom Antisemitismus bis hin zur Islamophobie“.



Palästinademo in Paris, 11. November 2023.

# Rechtsruck stoppen!

H. S.

**Weltweit erleben wir einen massiven Rechtsruck, der die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Klassen bedroht.**

**D**ie gesellschaftliche Ungleichheit wächst immer weiter. Die Klimakatastrophe ist längst spürbare Realität. Weltweit sind nach UN-Angaben über 108 Millionen Menschen auf der Flucht. Gleichzeitig wenden sich immer mehr Menschen vom etablierten Politikbetrieb ab und rücken vor allem nach rechts.

Das zeigen nicht nur die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Bayern, wo die rechtspopulistische AfD massive Stimmenzugewinne erreicht hat. Das belegen auch die Erfolge von Rechtsextremen zum Beispiel bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden und der Präsidentenwahl in Argentinien.

## Zunehmende gesellschaftliche Polarisierung

Über vierzig Jahre der Umverteilung von unten nach oben, egal unter welcher Regierung, und die massive Zunahme prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen haben die Klassenspaltung der Gesellschaft vertieft. Dies ist nicht zuletzt Resultat der Jagd nach Höchstprofitem im Spätkapitalismus, die durch die neoliberale Politik gefördert wird.

Während Kapital und Regierungen die Krisenlasten auf die lohnabhängige Bevölkerung und die Armen abwälzen, wachsen gleichzeitig die Vermögen der Superreichen ins Unermessliche. Die zehn reichsten Menschen der Welt haben allein während der Corona-Pandemie ihr Vermögen verdoppelt.

Der Raubbau an der Natur und die Zerstörung unserer Umwelt sowie des Klimas haben ein dramatisches Ausmaß erreicht. Heute findet das größte Artensterben seit Millionen von Jahren statt. Unsere eigenen Lebensgrundlagen werden unwiderruflich zerstört, sollte nicht radikal umgesteuert werden.

## Konkurrenz befördert Konflikte und Kriege

Die kapitalistische Konkurrenz befeuert global blutige Konflikte und Kriege. Konzerne und Staaten versuchen, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Auch nehmen die Spannungen zwischen den imperialistischen Großmächten und zwischen einigen Regionalmächten seit Jahren zu. Das drückt sich in einem neuen Wettrüsten sowie in regionalen Krisen und Stellvertreterkriegen aus.

Mit dem Krieg um die Ukraine wurde eine neue Stufe der Eskalation im imperialistischen Wettstreit erreicht. Durch direkte Waffenlieferungen ist Deutschland an diesem Krieg beteiligt. Diese Politik führt zu einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft.

„Verteidigungsminister“ Pistorius (SPD) hat gerade erst die „Wiederherstellung der Kriegstüchtigkeit“ als politisches Ziel für die Bundeswehr ausgegeben. Das 100 Milliarden EURO-Sondervermögen für die Bundeswehr und die von der NATO geforderten dauerhaften Militärausgaben von 2-Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind dabei offensichtlich nur Zwischenschritten. Klar ist schon jetzt, dass vor allem die abhängig Beschäftigten und die Armen die Zeche der Kriegstreiberei bezahlen sollen.

Dasselbe gilt auch für die enormen Kosten der Klimakrise.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt ist nicht nur die Finanzierung von Maßnahmen des „Klimaschutzes“ in Frage gestellt. Es ist zu befürchten, dass weiterer Sozialabbau droht.

## Alle Krisen haben die gleiche Ursache

Wir haben es mit vielen Krisen gleichzeitig zu tun. Die Krisenelemente sind miteinander verbunden. Sie bedingen und verschärfen sich gegenseitig. Aber alle haben die gleiche Ursache: das kapitalistische System.

Die Antwort der Herrschenden auf diese Krisen besteht einerseits fast überall im hemmungslosen Bedienen von Konzerninteressen. Andererseits wollen sie mit dem Schüren von Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus die Beherrschten noch mehr spalten und von der Ursache der Probleme – dem Profitsystem – ablenken.

Die Folge ist ein seit Jahren anhaltender Aufstieg nationalistischer und faschistischer Parteien in zahlreichen Ländern. Gegen internationale Solidarität und Klassenkampf von unten propagieren sie Nationalismus, Rassismus, Ausgrenzung, Hetze und das Treten nach unten. Dass diese Kräfte sich angesichts der massenhaften Abwendung von der neoliberalen Politik als „Alternative“ positionieren können, liegt auch an den Schwächen der Linken und der Gewerkschaften.

Es ist höchste Zeit, der Rechtsentwicklung und dem Klassenkampf von oben durch die Bildung einer sozialen und ökologischen Front von unten entgegenzutreten. Widerstand statt Wegducken! ■



Demo in Freiburg i. Br., 14. Juli 2018.

Foto: RDL gemeinfrei.

# Nein zum Krieg im Nahen Osten!

## Dauerhafter Waffenstillstand jetzt!

O. G.

**Dem menschenverachtenden Überfall von Hamas und Islamischer Dschihad auf Israel am 7. Oktober 2023 fielen mehr als 1.200 dort lebende Menschen zum Opfer. Dieses verheerende Massaker nutzt die israelische Regierung für die brutale Zerstörung des Gazastreifens aus.**

**D**ie Hamas kalkulierte den militärischen Gegenschlag Israels bewusst mit ein. Sie missbraucht die Bevölkerung als Schutzschild und nimmt so eine große Zahl von weiteren Opfern in Gaza in Kauf.

Diese Barbarei darf nicht als „Kollateralschaden“ eines berechtigten palästinensischen Widerstands relativiert werden. Sie ist durch nichts zu rechtfertigen.

### Israels blutiger Gegenschlag

Um die Hamas zu „vernichten“, greift das israelische Militär ohne Rücksicht auf die zivile Bevölkerung Gaza an. Es erschwert oder verhindert humanitäre Hilfe. Es zerstört die Infrastruktur und nimmt über zwei Millionen Menschen in Geiselhaft.

Die Zahl der im Gazastreifen durch die israelische Armee getöteten palästinensischen

Menschen ist auf über 13.000 gestiegen. Zehntausende sind verwundet, über eine Million auf der Flucht. Das ist ein trauriger Rekord.

Das Recht Israels, sich gegen die von der Hamas verübten Gräueltaten zu verteidigen, ist längst von dem Unrecht des mörderischen Rachefeldzugs gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza überlagert worden. Auch dafür gibt es keine Rechtfertigung.



Friedenskundgebung in Mannheim, 31. Oktober 2023.

Foto: Avanti².



Friedenskundgebung in Mannheim, 15. November 2023.

Foto: Avanti<sup>2</sup>.

Der jetzt vereinbarte Waffenstillstand muss dauerhaft werden. Zudem muss die anhaltende Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung durch die israelische Siedlungspolitik sofort beendet werden.

### **Menschenrechte statt „Staatsräson“**

Menschenrechte sind unteilbar. Sie gelten weltweit für alle Menschen – israelische wie palästinensische. Unsere Solidarität und Anteilnahme gelten daher allen Opfern und deren Angehörigen in Israel wie in Gaza.

Die von der Ampelregierung zur „Staatsräson“ erklärte uneingeschränkte Solidarität mit Israel und dessen rechtsextremer Regierung ist genauso falsch wie die von anderen propagierte Solidarität mit der reaktionären Hamas. Beides beendet nicht den Horror im Nahen Osten, sondern führt zu weiterem Blutvergießen.

Die politische Führungsriege Deutschlands kriminalisiert die Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung als „Terrorunterstützung“ und diffamiert jegliche Kritik an Israel und dessen Kriegsführung als „antisemitisch“. Die damit verbundenen Angriffe auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit stellen eine massive Einschränkung demokratischer Grundrechte dar.

Diese Politik steht in krassem Widerspruch zu der Verpflichtung aus Artikel 1 Absatz 2 des Grundgesetzes, das sich „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ bekennt.

### **Gegen Rassismus und Antisemitismus**

Wir bekämpfen jede Form von Rassismus und Antisemitismus. Wir verurteilen jede Einschüchterung und jegliche Gewalt gegen jüdische oder arabische Menschen und Einrichtungen. Der Krieg im Nahen Osten rechtfertigt weder Hass und Angriffe auf jüdische Menschen noch auf arabische Menschen.

Unsere Gegner sind faschistische und fundamentalistische Parteien und Organisationen, die ähnliche menschenverachten-

de und demokratiefeindliche Ziele verfolgen.

Verstärkt benützt auch die „bürgerliche Mitte“ rassistische Parolen. Sie stellt arabische Menschen und Fliehende unter einen Generalverdacht, um eine weitere Aushebelung des Asylrechts zu begründen und durchzusetzen. Vor allem aber beschleunigt dies den Rechtsruck und verstärkt autoritäre, rassistische und antisemitische Tendenzen.

### **Für Frieden und Solidarität**

Langfristig gibt es zur Lösung des historisch bedingten Nahost-Konflikts nur eine Perspektive. Es müssen für alle in Israel und in Palästina lebenden Personen die politischen und sozialen Menschenrechte wirksam durchgesetzt werden. Nur so kann das friedliche Zusammenleben aller in der Region gelingen.

Dazu bedarf es eines staatlichen Überbaus in Form einer nicht-religiösen, binationalen demokratischen und sozialen Republik, in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Und es bedarf einer wirtschaftlichen Basis, die nicht auf Profitmaximierung, sondern auf bestmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung und dem Schutz der Umwelt beruht.

Der Weg dorthin ist sehr steinig. Aber wir sollten bereit sein, alle zu unterstützen, die jetzt schon in diese Richtung gehen wollen. Das heißt: Wir stehen an der Seite aller Kräfte in Israel und Palästina, die die scheinbar ausweg- und endlose Spirale von Hass und Gewalt durchbrechen wollen.

Diese Utopie scheint weiter entfernt zu sein denn je, aber es gibt dazu keine bessere Alternative.

### **Wir fordern:**

- Uneingeschränkte humanitäre Hilfe für alle Opfer
- Stopp der israelischen Siedlungspolitik
- Keine deutschen Waffen an Israel
- Stopp der deutschen Kooperation mit den Regimen in Iran, Katar und der Türkei, die die Hamas unterstützen! ■

# Verdachtskündigungen Skandalöses Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechtes?

H. N.

Ein zentrales Thema auf der 10. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ am 14. Oktober 2023 im Mannheimer Gewerkschaftshaus war die „Verdachtskündigung“ von Betriebsräten. Der Vortrag des Rechtsanwalts Klaus Dieter Freund zu dieser Problematik erregte bei den Anwesenden sehr großes Aufsehen. Im Folgenden wollen wir wesentliche Punkte seiner Ausführungen wiedergeben.

Zunächst skizzierte Kollege Freund die Geschichte der Verdachtskündigungen. Das Reichsarbeitsgericht (RAG) in der Weimarer Republik hatte sie in seinen Urteilen vom 14. November 1931 und vom 10. August 1932 für unwirksam erklärt.

## Verdachtskündigungen im Faschismus ...

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 nahmen die Herrschenden jedoch eine radikale Änderung des Arbeitsrechts vor. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ wurde am 20. Januar 1934 von der Nazi-Führung erlassen. Wesentlichen Anteil an seiner Erarbeitung hatten die Juristen Hans Carl Nipperdey, Alfred Hueck und Rolf Dietz.

Reichsarbeitsgerichtsurteile aus den Jahren 1934 und 1939 hielten danach Verdachtskündigungen für zulässig. Hueck kommentierte diese „Rechtsprechung“ in zeitgenössischen Veröffentlichungen zustimmend.

## ... und in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) wurde diese Linie umstandslos durch das Bundesarbeitsgericht (BAG) unter maßgeblicher Beteiligung seines 1. Präsidenten Nipperdey fortgesetzt.

Bis heute hält das BAG an dieser unseligen Tradition nicht nur fest, sondern es hat sogar seine Rechtsprechung durch die Möglichkeit einer grundlosen fristlosen Verdachtskündigung verschärft.

Voraussetzungen der Verdachtskündigung von Betriebsräten sind:

- die Zustimmung durch den Betriebsrat oder deren Ersetzung durch das Arbeitsgericht gemäß § 103 Betriebsverfassungsgesetz
- die Anhörung des Betroffenen
- die Anhörung des Betriebsrates
- überwiegende auf Tatsachen basierende Verdachtsmomente
- die Nichtanwendbarkeit des Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten“, da eine Kündigung keine Strafe sei.

## Verstoß gegen das Grundgesetz

Nach Auffassung von Juristen stellt die Verdachtskündigung einen Verstoß gegen das Grundgesetz (GG) dar – konkret gegen Artikel 12 Abs. 1 (Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes) und Artikel 20 Abs. 3 (Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht).

Zudem ist hier § 9 Abs. 1 Satz 2 des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG) von Bedeutung. Demzufolge kann ein Gericht auf Antrag des „Arbeitgebers“ die Auflösung eines Arbeitsverhältnisses entscheiden, „wenn Gründe vorliegen, die eine den Betriebszwecken dienliche weitere Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht erwarten lassen“.

Hierzu gibt es die – von der Rechtsprechung allerdings bisher nicht berücksichtigte – juristische Auffassung, dass diese Formulierung eine abschließende Regelung darstellt und daher die direkte Verdachtskündigung unzulässig ist.

Klaus Dieter Freund vertrat in diesem Zusammenhang die Meinung, dass Gewerkschaften neben dem gesetzlichen Verbot der Verdachtskündigung auch für die Abschaffung eben dieses § 9 Abs. 1 Satz 2 KSchG eintreten sollten. Dort werden nämlich, so seine Argumentation, dem Unternehmer bei Feststellung der Unwirksamkeit einer Kündigung noch sehr viel weiterreichende Möglichkeiten zur Auflösung eines Arbeitsverhältnisses als nur in Verdachtsfällen geboten.

## Die Karriere des Nipperdey

Freund beleuchtete in seinen Ausführungen noch näher die Rolle von Hans Carl Nipperdey. Dieser war von 1925 bis 1963 Professor an der Universität Köln. Nachdem er im Faschismus wesentlich an der Entwicklung des damaligen Arbeitsunrechtes beteiligt war, gelang ihm in der BRD die Fortsetzung seiner Karriere.

Nach dem Krieg war er zunächst SPD-Mitglied im Kölner Stadtrat. Zudem war er juristischer Berater des DGB-Vorsitzenden



Plenum der Konferenz, 14. Oktober 2023.

Foto: helmut-roos@web.de.

Hans Böckler bei den Verhandlungen zum Kündigungsschutzgesetz 1951, auf das er zusammen mit Wilhelm Herschel maßgeblichen Einfluss genommen hat.

1954 wurde er erster Präsident des Bundesarbeitsgerichts. Er prägte bis 1963 dessen Rechtsprechung wesentlich auf der Grundlage seiner im Faschismus entwickelten „Rechtsauffassungen“.

Dabei wurde er unterstützt von zahlreichen Juristen mit brauner Vergangenheit, insbesondere durch die bereits erwähnten Alfred Hueck und Rolf Dietz sowie durch Arthur Nikisch und Wilhelm Herschel.

### Massive Einschränkung des Streikrechts

Nipperdey und seine Unterstützer haben durch ihre „Rechtsprechung“ und ihr juristisches Wirken in der BRD nicht nur zum Erhalt der Verdachtskündigungen wesentlich beigetragen, sondern auch zur massiven Einschränkung des Streikrechts und der Rechte von Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten.

Als zentrales Argument gegen die Verdachtskündigung nannte Freund, dass sie ausschließlich durch das Beendigungsinteresse des „Arbeitgebers“ ohne tatsächliche Rechtsgrundlage begründet werden kann. Insbesondere bei Verdachtskündigungen von Betriebsräten könnten Unternehmer mit Unterstützung von arbeitsrechtlichen Großkanzleien politisch motiviert aktive Betriebsräte aus dem Betrieb vertreiben.

### Abschaffung der Verdachtskündigung erforderlich

Nach Freunds Auffassung sollten Gewerkschaften unbedingt eine Strategie für die Abschaffung der rechts- und verfassungswidrigen Verdachtskündigung sowie für die Streichung des § 9 Abs. 1 Satz 2 Kündigungsschutzgesetz entwickeln.

Zudem sei die Übertragung des Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten“ auf das Arbeitsrecht unter Bezugnahme auf Artikel 6 Abs. 2 (Recht auf ein faires Verfahren) der Europäischen Menschenrechtskonvention erforderlich. Dort heißt es: „Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig.“

Es ist höchste Zeit, das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts in Deutschland zu beenden. ■



Klaus Dieter Freund, 14. Oktober 2023.

Foto: helmut-roos@web.de.

## „Gegenwehr gegen Betriebsrats-Mobbing stärken!“ Dokumentation der 9. Konferenz gegen BR-Mobbing

O. T.

Anfang Oktober 2023 ist die sehr lesenswerte Dokumentation der 9. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim erschienen.

Sie enthält die wesentlichen Referate dieser am 15. Oktober 2022 durchgeführten Tagung. Zu nennen sind hier vor allem die Beiträge zur Arbeit der Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand, zum Gesetzentwurf für ein modernes Betriebsverfassungsgesetz, zur Organisation von Gegenmacht im Betrieb und nicht zuletzt zur Analyse des „Falls“ Helmut Schmitt bei nora systems GmbH.

Im Zentrum der Zusammenkunft im letzten Jahr stand zum einen die Auswertung des Geschehens um die zurückliegenden Betriebsratswahlen, zum anderen die Diskussion konkreter Strategien zur erfolgreichen Verteidigung verbriefteter Rechte in der Arbeitswelt.

Kai Burmeister (Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg) erläuterte die Position des gewerkschaftlichen Dachverbandes zu Betriebsratsmobbing. Petra Jentsch und Caterina Messina (IGM-Vorstand Frankfurt) sprachen zum Thema Abwehr von BR-Mobbing. Alexander Mohrlang (ebenfalls IGM-

Vorstand Frankfurt) befasste sich mit der Frage der Organisation von Gegenmacht im Betrieb. Betriebsräte aus verschiedenen Unternehmen stellten anhand ihrer Erfahrungen dar, wie dieser Anspruch in der Praxis erfolgreich umgesetzt werden kann.

In der Entschliebung der Konferenz heißt es, dass die Durchsetzung eines „Rechts des Stärkeren“ in Firmen und Einrichtungen konsequent bekämpft werden müsse. Das Mobbing von Betriebsräten werde in der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert. Das ermutige die Täter, die zudem meist weder rechtlich verfolgt noch belangt würden. Die gemobbten und gekündigten Opfer müssten hingegen ihre Unschuld beweisen. „Verdachtskündigungen“ widersprechen „elementaren Rechtsgrundsätzen.“ Sie seien umgehend zu unterbinden.

Erhältlich ist die sehr informative Broschüre in digitaler Form beim Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ ([www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)) und den Ko-

operationspartnern IG Metall Mannheim, DGB Baden-Württemberg, IG BCE OG Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar sowie work-watch Köln. ■



# Klassenkampf unter Kriegsbedingungen

## Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften

HERMANN NEHLS

**Wie Unternehmen in der Ukraine versuchen, die Kriegssituation für die Schwächung von Arbeitsschutzbestimmungen zu nutzen, erfuhr eine Delegation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die die Ukraine im Oktober dieses Jahres besuchte.**

**N**atalya Marynyuk, die Vorsitzende der Gewerkschaft bei ArcelorMittal, einem der größten Stahlwerke in Krywyj Rih, berichtete, dass ein wichtiger Kollektivvertrag gefährdet ist.

Er regelt alle wesentlichen Arbeitsbeziehungen. Das örtliche Management will dieses seit 2007 bestehende verbindliche Abkommen in 26 Punkten verändern.

Formal läuft der Kollektivvertrag am 31. Dezember 2023 aus. Bisher war es üblich, dass der Vertrag einfach verlängert wurde. Genau dies hatte die Gewerkschaft auch vorgeschlagen.

### Kapital als Nutznießer des Krieges

Jetzt soll aber alles anders sein. Natalya ist der Meinung, dass das Management die Kriegssituation ausnutzt, um beispielsweise Sicherheitsstandards zu senken.

Es gab mit allen elf im Werk vertretenen Gewerkschaften ein Treffen. Dort wurde beraten, wie man gemeinsam gegen das Vorgehen des Managements vorgehen kann.

Die Allianz der Gewerkschaften bereitet ein Ultimatum vor. Die Handlungsmöglichkeiten sind durch das Kriegsrecht sehr eingeschränkt. Trotzdem will man eine Streikoption nicht ausschließen.

Natalya hofft auf ein Einlenken der Geschäftsleitung. Sie hat dem Vorstandschef von ArcelorMittal geschrieben und um Unterstützung gebeten. Er solle doch bitte nach Krywyj Rih kommen und sich ein Bild von der Arbeitssituation machen. Die Sicherheit für die Beschäftigten sei jetzt schon katastrophal, da könne man die Standards nicht noch weiter absenken.

Man habe nicht vergessen, wie alle ausländischen Mitglieder der Geschäftsleitung eine Woche vor Kriegsausbruch die Ukrai-

ne verlassen haben. 3.000 Beschäftigte kämpften an der Front und sorgten für die Sicherheit der Stadt und für die Sicherheit des Werks. Jetzt den Kollektivvertrag zu kündigen, wäre einfach eine Schweinerei.

### Unterstützung von Gewerkschaftsarbeit

Die Delegation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern bereiste die Ukraine in der Zeit vom 9. bis zum 13. Oktober 2023 im Rahmen der Initiative „Gewerkschaftliche Solidarität – Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“.

Ziel der Reise war es, sich vor Ort einen konkreten Eindruck zu verschaffen. Von besonderem Interesse war die Frage: Vor welchen Herausforderungen stehen Gewerkschaften und soziale Initiativen in der Ukraine angesichts von Krieg und neoliberalen Umbau des Landes.

In Kiew und in Krywyj Rih konnten viele Gespräche mit Aktiven geführt werden. Dazu gehörten Gespräche mit der Föderation der Ukrainischen Gewerkschaften (FPU) und ein Gespräch mit Ärzten, die sich für eine bessere Krankenversorgung einsetzen und dafür eine unabhängige Gewerkschaft gegründet haben.

Der Initiative #BeLikeNina ist es gelungen, eine landesweite Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern auf den Weg zu bringen. Auch mit den Gründerinnen gab es ein Treffen. #BeLikeNina zählt jetzt 80.000 Mitglieder. Ziel ist es, eine Allukrainische Gewerkschaft der im Gesundheitssektor Arbeitenden zu gründen.

Durch die Delegationsreise konnten viele persönliche Kontakte vor Ort geknüpft werden. Sie sollen jetzt für konkrete Solidaritätsarbeit genutzt werden. ■



Im Luftschutzkeller des Stahlwerks ArcelorMittal in Krywyj Rih, 12. Oktober 2023.

### Online-Informations-Veranstaltung

**4. Dezember 2023, 19:00 Uhr**

[Zoom-Link siehe QR-Code]



Näheres über diesen Termin und die Arbeit der Initiative „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ ist über die Kontaktadresse Christian.Haasen@gmail.com zu erhalten.

Spenden bitte an:

Internationale Solidarität e. V.

Stichwort „Ukraine Solidarität“,

IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00.

# Arbeitszeitverkürzung bis alle Arbeit haben? Hochmoderne Vorschläge in alter Sprache

M. G.

**Die wichtige Frage der Arbeitszeitverkürzung ist erfreulicherweise wieder aktuell.**

Im Stahlbereich fordert die IG Metall die 32-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich und bei der Bahn die GDL für Schichtarbeitende die 35-Stundenwoche „ohne anteilige Lohnabsenkung“.

Es fehlt jedoch jeweils die ergänzende Forderung nach vollem Personalausgleich. Vor allem aber fehlt ein strategisch angelegter gewerkschaftsübergreifender Kampf für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Beides ist jedoch unabdingbar, um das Recht auf Arbeit durchsetzen zu können.

Der folgende Text begründet in der alten Sprache des Jahres 1938 die hochmoderne Perspektive der Arbeitszeitverkürzung für alle. Sie ist sowohl aus sozialen Gründen (Kampf gegen Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung, wirksamer Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt) als auch aus Gründen des Klima- und Naturschutzes dringend erforderlich.

Unter den Bedingungen des sich zersetzenden Kapitalismus führen die Massen weiter das düstere Leben von Unterdrückten, die jetzt mehr denn je von der Gefahr bedroht sind, in den Abgrund der Verelendung geworfen zu werden. Sie sind gezwungen, ihr bißchen Brot zu verteidigen, wenn sie es schon nicht vergrößern oder verbessern können. Es besteht weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit, hier all die verschiedenen Teilforderungen aufzuzählen, die jeweils aus den konkreten nationalen, lokalen oder gewerkschaftlichen Bedingungen hervorgehen. Aber zwei wirtschaftliche Grundübel, in denen sich die wachsende Sinnlosigkeit des kapitalistischen Systems zusammenfaßt, nämlich die Erwerbslosigkeit und die Teuerung, erfordern verallgemeinerte Lösungen und Kampfmethoden.

Die IV. Internationale erklärt der Politik der Kapitalisten einen unversöhnlichen Krieg, einer Politik, die zu einem beträchtlichen Teil – genauso wie die Politik ihrer Agenten, der Reformisten – darauf abzielt, auf die Arbeiterschaft die ganze Last des Militarismus, der Krise, der Zerrüttung der Geldsysteme und anderer Übel des kapitalistischen Niedergangs abzuwälzen. Die IV. Internationale fordert Arbeit und eine würdige Existenz für alle.

Weder Geldinflation der Währung noch Stabilisierung können dem Proletariat als Lösungen dienen, denn das sind nur die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Gegen die Teuerung, die mit dem Herannahen des Krieges einen immer zügelloseren Charakter annehmen wird, kann man nur kämpfen mit der Losung der gleitenden Lohnskala. Das heißt, daß Tarifverträge eine automatische Erhöhung der Löhne parallel zu den Preissteigerungen der Verbrauchsgüter garantieren müssen.

Will sich das Proletariat nicht selbst dem Untergang ausliefern, dann darf es nicht dulden, daß ein wachsender Teil der Arbeiterschaft zu chronisch erwerbslosen Armen gemacht wird, der von den Brosamen einer sich zersetzenden Gesellschaft leben muß. Das Recht auf Arbeit ist das einzig ernsthafte Recht, das der Arbeiter in ei-

ner auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft besitzt. Jedoch wird ihm dieses Recht in jedem Augenblick genommen. Es ist an der Zeit, sowohl gegen die „strukturelle“ wie die „konjunkturelle“ Erwerbslosigkeit neben der Forderung nach öffentlichen Arbeiten die Lösung der gleitenden Skala der Arbeitszeit zu propagieren. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen diejenigen, die Arbeit haben, und diejenigen, die keine haben, durch die gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität verbinden. Auf dieser Grundlage muß die verfügbare Arbeit unter alle verfügbaren Arbeitskräfte aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten Minimum, folgt der Bewegung der Preise. Kein anderes Programm ist für die jetzige Periode der Katastrophen annehmbar.



Die Besitzenden und ihre Anwälte werden die „Unmöglichkeit“ darlegen, diese Forderungen zu verwirklichen. Die kleineren Kapitalisten, insbesondere diejenigen, die dem Ruin entgegengehen, werden außerdem auf ihre Buchführung verweisen. Die Arbeiter werden kategorisch solche Argumente und Empfehlungen zurückweisen. Es handelt sich nicht um den „normalen“ Zusammenstoß entgegengesetzter materieller Interessen. Es geht darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Ruin zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit selbst. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu befriedigen, die unausweichlich aus den Übeln hervorgehen, die er selbst erzeugt hat, dann soll er untergehen! Die „Möglichkeit“ oder „Unmöglichkeit“, diese Forderungen zu verwirklichen, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses, die nur durch den Kampf gelöst werden kann. Durch diesen Kampf – was auch immer seine unmittelbaren praktischen Erfolge sein mögen – werden die Arbeiter am besten die Notwendigkeit begreifen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.\* ■

\* [Aus „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale (Das Übergangsprogramm)“, in: Wolfgang Alles (Hg.), *Die kommunistische Alternative*, Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932 - 1985, Frankfurt a. M. 1989, S. 66 f. Wir geben den Text gemäß der damaligen Rechtschreibung wieder.]

# ISO-Infoabend November 2023

## „Rechtsruck in allen Bereichen – Was tun?“

R. G.

**Weltweit sind reaktionäre und faschistische Organisationen und Parteien im Aufschwung. Sie nehmen massiv politischen Einfluss, bauen Massenbewegungen auf, beteiligen sich erfolgreich an Wahlen teil oder gewinnen diese sogar. Auch in Deutschland gibt es einen spürbaren Rechtsruck, und die AFD sammelt immer mehr Stimmen. Diese dramatische Entwicklung war das Thema unseres Infoabends im November.**

In seinem faktenreichen Referat stellte unser Referent die Ursachen des Rechtsrucks und dessen politische Folgen dar, und er gab darauf die seiner Meinung nach notwendigen politischen Antworten.

### Hoffnung auf „starke Führung“

Sein Ausgangspunkt war der sich verstärkende Gegensatz zwischen technischen Möglichkeiten und unfassbarem Reichtum auf der einen Seite und den globalen Krisen und der zunehmenden Verarmung von immer mehr Menschen auf der anderen Seite.

Dies erzeugt den gesellschaftlichen Nährboden für das Entstehen und den Erfolg rechter Strömungen. So hat die Aussage, es brauche eine „starke Führung“, um das eigene Land wieder von den Reichen und Mächtigen zurückzuerobern, bei einer weltweit durchgeführten Umfrage eine hohe Zustimmung gefunden. Gerade auch in Ländern, in denen autoritäre Parteien erfolgreich sind oder die Regierung stellen.

Deutschland ist bei dieser Umfrage zwar nicht auf den vorderen Plätzen gelandet, aber auch hier hatten fast 30 % dieser Aussage zugestimmt. Das deckt sich mit den Ergebnissen der diesjährigen Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Dort hatten die AFD und in Bayern zusätzlich die „Freien Wähler“ starke Stimmengewinne verbuchen können.

### Rechter Stimmungsumschwung

Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch ein Ergebnis der in den zurückliegenden Monaten durchgeführten Kampagne gegen Fliehende und der mit Energiekrise und Ukrainekrieg erzeugten Zukunftsängste. Dabei gelingt es der AFD, die berechtigte Kritik an negativen gesellschaftlichen Entwicklungen (ökonomische und soziale Krisen, Bildung, Kindergärten, Gesundheitssystem, Pflege usw.) aufzugreifen und diese erfolgreich mit ihrer autoritären und rassistischen Hetze zu verbinden.

In dieser Lage meinen die Parteien der „bürgerlichen Mitte“, mit immer rechteren Parolen gegen Fliehende den Aufschwung der Rechten zumindest auf Wahlebene stoppen zu können. Doch letztendlich beschleunigen sie damit nur den gesellschaftlichen Rechtsruck und stärken die rechten Parteien.

Inzwischen zeige sich der Erfolg rechter Kampagnen auch bei Umfragen. Nicht mehr die Klimakrise oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stehen ganz oben auf der politischen Sorgenliste, sondern die Zukunft der „Wirtschaft“ und die starke „Zuwanderung“.

Diese politische Entwicklung ist bedrohlich. Denn angesichts

globaler und sich gegenseitig verstärkender Krisen, entsteht so eine Situation, die eine autoritäre oder gar faschistische Regierung möglich macht.

### Was tun?

Um diese Entwicklung zu verlangsamen oder gar umzukehren sind Aufklärung und Widerstand gegen den Kapitalismus notwendig. Dazu müssen gemeinsame Aktionen der unterschiedlichen sozialen und politischen Bewegungen einschließlich der Gewerkschaften organisiert werden. Wichtig sind dabei die Verteidigung der Menschen- und Grundrechte, der Aufbau breiter Bündnisse, eine aktive Klassenpolitik von unten, das Vertrauen in die eigene Kraft und der solidarische Selbstschutz.

### Intensiver Austausch

Die anschließende Diskussion griff viele Aspekte des Referats wieder auf. Zum Beispiel den gesellschaftlichen Rassismus, die Krise der Gewerkschaftsbewegung, die Krise der politischen Linken und die zunehmende Entsolidarisierung und Entpolitisierung. Aber auch die Professionalität der Rechten und deren Präsenz in den sozialen Medien.

Nicht zuletzt wurde betont, dass die politische Linke heute gegen viele Strömungen anschwimmen muß. Umso wichtiger ist es, sich besser und überregional zu vernetzen, sich stärker in den Betrieben zu verankern und die politische Aufklärung mit solidarischen Aktionen zu verbinden. ■



DGB-Demo am 1 Mai 2022 in Mannheim.

Foto: Avanti².

# Sozialismus oder Neoliberalismus? Austausch über einen sehr lesenswerten Text Ernest Mandels

N. B.

**Am Samstag, den 11. November 2023, trafen sich Aktive der ISO Rhein-Neckar und Gäste aus unterschiedlichen betrieblichen und gewerkschaftlichen Zusammenhängen in Mannheim. Gemeinsam wollten wir Ernest Mandels Text „Sozialismus oder Neoliberalismus?“\* lesen und diskutieren.**

**W**ieso alte Theorietexte lesen? Diese Frage und weitere kamen gleich zu Beginn unserer Zusammenkunft auf. Gibt es nicht so dringliche Probleme in unserer Arbeits- und Lebenswelt, dass wir uns auf deren Lösung konzentrieren sollten? Ist das Lesen „historischer“ Texte sinnvoll, die in komplizierten Theorien die aktuellen Widersprüche auf einer allgemeineren Ebene erklären wollen? Warum nehmen wir uns in diesen bewegten, ja bedrohlichen Zeiten einen ganzen Nachmittag Zeit, um uns in Gesellschaftstheorien einzufuchsen, statt die herrschenden Verhältnisse zu verändern?

Unsere Antwort: Wir sind davon überzeugt, dass unsere politische Arbeit beides enthalten und verbinden muss – den Aktivismus in konkreten sozialen Auseinandersetzungen einerseits und die politische Bildungsarbeit andererseits. Denn wer gesellschaftliche Prozesse der Ausbeutung und Unterdrückung nicht versteht, wird sie auch nicht verändern können. Wer sie aber versteht und nicht dagegen aktiv wird, wird sie ebenso wenig verändern.

## Problemaufriss und Analyse

Nach kurzer Diskussion konnten wir so in die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Text starten. Gelesen haben wir eine leicht gekürzte Fassung einer Mitschrift von Mandels Vortrag auf der New York Marxist School 1993.

Die erste Hälfte des Textes umfasst einen Problemaufriss und eine Problemanalyse zu Armut und wachsender Ungleichheit im neoliberalen Kapitalismus. Anhand mehrerer konkreter Beispiele zeigt Mandel die schreiende Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit dieser Welt auf. Er erklärt sie mit den Gesetzmäßigkeiten und Mechanismen, die dem Kapitalismus innewohnen. Alternative Wirtschaftspolitiken innerhalb des bestehenden Rahmens seien immer nur Augenwischerei und grundlegende Änderungen der Verhältnisse so nicht möglich.

Mandel prangert dabei insbesondere die Klasse der Kapitalisten und ihr zerstörerisches Wirtschaften an. Er verschont jedoch auch die arbeitende Klasse nicht in seiner Ursachensuche für gesellschaftliche Missstände.

Diese Analyse führte in unserem Lesekreis zu angeregten Diskussionen – vor allem über die Frage, ob es inhaltlich und strategisch klug sei, der organisierten Arbeiterbewegung „völliges Versagen“ und damit wesentliche Mitverantwortung für die „weltweite Offensive des Kapitals“ seit Mitte der 1970er Jahre vorzuwerfen. Wir fanden auf diese Frage zunächst keine gemeinsame Antwort.

## Der Ausweg: Sozialismus

Die Kehrseite des Ansatzes, die arbeitende Klasse in die Mitverantwortung für ihre missliche Lage zu nehmen, arbeitet Mandel jedoch eindrücklich und prägnant im zweiten Teil seiner Rede heraus: Wer die eigene politische Lage durch „Versagen“ verschlechtern kann, hat offensichtlich Einfluss auf diese Lage und kann sie somit auch aus eigener Kraft heraus verbessern.

Die eigene Kraft der Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Bewegungen sieht Mandel dabei in ihrer Fähigkeit zur demokratischen und solidarischen Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft.

Ansätze davon sieht Mandel in verschiedenen Beispielen seiner Zeit – Erhebungen der arbeitenden Klasse und unterdrückter Bevölkerungsgruppen in Uruguay und Brasilien, in Italien und Großbritannien, auch in Deutschland.

Dem Marxismus kommt ihm zufolge im Klassenkampf eine doppelte Rolle zu. Einerseits sei er die einzige Gesellschaftstheorie, die die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise so umfassend untersuche und erkläre.

Andererseits sei seine moralische Komponente genauso wichtig: Das konsequente Eintreten für die Interessen, Forderungen und Bedürfnisse der Masse der Menschen. In Anlehnung an die Worte von Marx bedeutet das, „gegen jeden Zustand [zu] kämpfen, in dem Menschen verachtet, entfremdet, ausgebeutet, unterdrückt werden oder ihnen die grundlegende Menschenwürde verweigert wird“.

\*[www.iso-4-rhein-neckar.de/EM14](http://www.iso-4-rhein-neckar.de/EM14)



Infostand in Mannheim-Neckarstadt, 7. Juli 2019.

Foto: Avanti?.

# Der Hitler-Putsch 1923

## Eine ignorierte Drohung

E. B.

**Am Abend des 8. November 1923 wollten sich Hitler und die bewaffneten Banden der noch jungen NSDAP in München an die Macht putschen.**

Die Ausrufung des Putsches gegen die „Regierung der Novemberverbrecher in Berlin“ war nur der erste Akt der damaligen Ereignisse. Am 9. November 1923, dem 5. Jahrestag der von den meuternden Matrosen der kaiserlichen Flotte ausgelösten Revolution gegen die Herrschenden, folgte der Marsch der Nazis zur Feldherrenhalle auf dem Odeonsplatz. Dort kam es zum blutigen Aufeinandertreffen von Polizei und Putschisten, dem 20 Personen zum Opfer fielen.

In den wenigen Stunden der „nationalen Erhebung“ der NSDAP schien die bayerische Landeshauptstadt wie gelähmt. Nazi-Kampftruppen marschierten ungehindert durch das Zentrum und bereiteten sich auf einen „Marsch auf Berlin“ in Anlehnung an Mussolinis italienischer Aktion von 1922 vor. Jüdinnen und Juden sowie linke politische Gegner wurden misshandelt und verhaftet.

1923 erlebte die letzten Schockwellen der Novemberrevolution von 1918. Die krisenhafte Entwicklung der Weimarer Republik erreichte einen weiteren Höhepunkt. Die Woge linker Klassenkämpfe gegen den Kapitalismus wurde blutig unterdrückt und die Hyperinflation gestoppt. Die NSDAP wurde zwar im ganzen Deutschen Reich zeitweilig verboten, aber die auf dem rechten

Auge blinde Justiz ließ Milde mit den Nazis walten.

Der erste Versuch einer faschistischen „Machtergreifung“ 1923 scheiterte. Aber knapp 10 Jahre später konnten die Faschisten auf „legalem“ Weg ihr Ziel erreichen, vor allem weil die deutsche Arbeiterbewegung keine Einheitsfront zustande brachte. ■



Verhaftung sozialistischer Stadträte in München, 9. November 1923.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 01.12.2023, 20:45 Uhr (täglich bis MO, 04.12.2023), Film „The Old Oak“ von Ken Loach, Kino Odeon, G7, 10, MA
- SO, 03.12.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- SO, 03.12.2023, 15:00 Uhr, Demo „Waffenruhe sofort - Frieden und Gerechtigkeit für Palästina“, Alte Feuerwache, MA
- SO, 10.12.2023, 12 Uhr, „Für Palästina – für Israel“, Aktion zum Tag der Menschenrechte, Friedensengel, E 6, MA
- MO, 11.12.2023, 19 Uhr, „(K)Eine Lösung für den Konflikt im Nahen Osten“, Sanctclara Bibliothek, B 5, 19, MA
- DI, 12.12.2023, 18:30 Uhr, Film „Sopiro“ über queere Geflüchtete, Abendakademie, U 1, 16-18, MA
- DO, 14.12.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SAM, 16.12.2023, 16:00 Uhr, Jahresendfeier der ISO-Rhein-Neckar, MA



**Impressum:**  
ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de) Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)

